Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland

Joachim R. Frick
jfrick@diw.de

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Das individuelle Nettovermögen in Deutschland betrug zum Jahresbeginn 2007 im Durchschnitt rund 88 000 Euro und ist damit gegenüber 2002 um rund zehn Prozent gestiegen. Maßgeblich für diese Entwicklung war die Zunahme des Geldvermögens sowie der Vermögen aus privaten Versicherungen. Im Zusammenhang mit der insgesamt sehr ungleichen Verteilung des Vermögens liegt der Median, also der Wert, der die reiche Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt, weiterhin nur bei etwa 15 000 Euro. Immerhin rund zwei Drittel der Bevölkerung ab 17 Jahren verfügten über kein oder nur ein sehr geringes Geld- und Sachvermögen. Insgesamt hat die Vermögensungleichheit in Deutschland seit 2002 weiter zugenommen. Im Rahmen dieser Entwicklung haben sich die bereits 2002 bestehenden Vermögensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert, wozu vor allem die sinkenden Marktwerte von Immobilien in Ostdeutschland beigetragen haben. Die Reformen der gesetzlichen Alterssicherungssysteme erfordern eine Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Hier kommt der privaten Vermögensbildung durch Investition in selbstgenutztes Wohneigentum und regelmäßige Spartätigkeit – auch staatlich gefördert – eine besondere Bedeutung für die Lebensstandardsicherung nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben zu.

Neben dem regelmäßigen Einkommen einer Person leistet das Vermögen als Summe aller geldwerten Güter einen wichtigen Beitrag zur individuellen ökonomischen Wohlfahrt.[1] Aus einzelwirtschaftlicher Sicht kommt dem Vermögen eine Vielzahl von Funktionen zu.[2] So wird durch Zinserträge weiteres Einkommen erwirtschaftet (Einkommensfunktion); die Eigennutzung von Sachvermögen (zum Beispiel Wohneigentum, Kraftfahrzeuge) stiftet unmittelbaren Nutzen und schafft gegebenenfalls Freiheitsspielräume (Nutzungsfunktion); das Aufbrauchen von Vermögen dient der Stabilisierung des Konsums bei Einkommensausfällen (Sicherungsfunktion); größere Vermögen verleihen wirtschaftliche und politische Macht (Machtfunktion), dienen der Erreichung oder Bewahrung eines hohen Status (soziale Statuserhaltungsfunktion) sowie der Finanzierung der Erziehung und Ausbildung von Kindern (Sozialisationsfunktion). Schließlich sind Vermögen wichtig für die eigene Alterssicherung und als Instrument intergenerationaler Übertragungen (Vererbungsfunktion).

Die in diesem Bericht vorgelegten Ergebnisse beruhen auf einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsvorhaben zur Vermögensverteilungsrechnung[3] und erweitern Analysen des DIW Berlin zur Beschreibung der Höhe, Zusammensetzung und Verteilung des individuellen

1 Jürgen Volkert, J., Klee, G., Kleimann, R., Scheurle, U., Schneider, F.: Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.), Bonn 2004.
2 Vergleiche Hauser, R.: Integrierte Analyse von Einkommen und Vermögen – Forschungsstand und Ausblick. In: Weiterentwicklung der Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Experten-Workshop am 29. November 2006 in Berlin. Veranstaltung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG), Köln 2007, 12–29.
3 „Erstellung und Analyse einer konsistenten Geld- und Sachvermögensverteilungsrechnung für Personen und Haushalte 2002 und 2007 unter Berücksichtigung der personellen Einkommensverteilung" (Projektnummer: S-2006-835-4; Projektleitung Markus M. Grabka und Joachim R. Frick).

Sieben Fragen an Markus Grabka

„Das Risiko der Altersarmut steigt“

Dr. Markus Grabka
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
am DIW Berlin

Herr Dr. Grabka, wie hoch ist das private Vermögen in Deutschland?
Im Jahr 2007 betrug das Nettovermögen nach Abzug von Hypotheken und Konsumentenkrediten etwa 6,6 Billionen Euro. Pro Erwachsenen bedeutet das ein individuelles Vermögen von mehr als 88 000 Euro im arithmetischen Mittel. Wenn man die Bevölkerung nach der Höhe des Vermögens sortiert und die untere und obere Hälfte teilt, liegt der Wert des mittleren Vermögens gerade einmal bei 15 000 Euro.

Also besitzt die Mehrheit der Deutschen ungefähr diesen Betrag und eine Minderheit wesentlich mehr?
Ja, das ist richtig. 27 Prozent der Bevölkerung weisen so gut wie kein Vermögen auf oder sind sogar verschuldet. Hingegen besitzen die vermögendsten zehn Prozent der Bevölkerung insgesamt einen Anteil am Gesamtvermögen von mehr als 60 Prozent. Die obersten ein Prozent, also die Allerreichsten in Deutschland, verfügen über knapp ein Viertel des Gesamtvermögens.

» Die Reform der Erbschaftssteuer wird die Ungleichheit weiter forcieren «

Was verstehen Sie überhaupt unter Vermögen?
Betrachtet wurden Vermögen in Form von Immobilienbesitz, Geldvermögen, Versicherungen, Betriebsvermögen oder auch Vermögen in Form wertvoller Sammlungen. Auf der anderen Seite berücksichtigen wir auch sämtliche Formen von Verbindlichkeiten, aber nicht das Sozialversicherungsvermögen. Das ist unsere Definition von Nettogesamtvermögen.

Wie hat sich die Vermögensungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt?
Zur Beschreibung der Vermögensungleichheit kann man das sogenannte 90-50-Dezilverhältnis heranziehen. Es gibt an, wie viel der „Ärmste“ der obersten zehn Prozent im Verhältnis zum Reichsten in der Mitte der Bevölkerung an Vermögen hält. Im Jahr 2002 hatte der „Ärmste“ der oberen zehn Prozent – also der Gruppe mit dem höchsten Vermögen – rund 14 Mal so viel Vermögen wie eine Person in der Mitte der Vermögensverteilung! Dieses Verhältnis ist bis zum Jahr 2007 noch weiter auseinander gegangen und liegt derzeit bei etwa 14,5.

Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung?
Ein Grund ist, dass der Wert der Immobilien in Deutschland tendenziell stagniert, in Ostdeutschland sogar rückläufig ist. Das ist auch eine der zentralen Ursachen für die relativ negative Entwicklung in Ostdeutschland. Schaut man sich an, welche Vermögenskomponenten an Bedeutung gewonnen haben, so sind dies vorrangig die Geldvermögen und die Vermögen aus privaten Versicherungen. Insbesondere nennenswerte Geldvermögen sind natürlich bei den starken Einkommensgruppen häufiger zu verzeichnen. Diese Personen erzielen zudem eher höhere Renditen aus ihrem Vermögen als Personen mit kleineren Vermögen.

Welche Auswirkungen hat die zunehmende Vermögensungleichheit?
Zumindest für Ostdeutschland erwarten wir vor allem aufgrund lückenhafter Erwerbsbiografien eine Zunahme der Altersarmut. Diese Personen können im Alter weniger auf Vermögen zurückgreifen, weil zum einen das durchschnittliche Vermögen geringer ist als in Westdeutschland und bereits in den mittleren Altersgruppen ein deutliches Entsparen zu beobachten ist. Das heißt, das Risiko für Altersarmut steigt.

Wie sollte die Politik reagieren?
Die aktuellen Reformen zur Erbschafts- und Schenkungssteuer sollten besonders im Hinblick auf die hohen Freibeträge, die jetzt gewährt werden, von der Politik noch einmal überdacht werden, um die bestehende Vermögensungleichheit nicht weiter zu forcieren. Zum anderen ist auch zu überlegen, inwiefern die derzeit eingeführte Abgeltungssteuer hilfreich ist, um das derzeitige Ausmaß an Vermögensungleichheit nicht weiter auszubauen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf *www.diw.de*

Kasten 1

Definition von Vermögen

Das Volksvermögen einer offenen Volkswirtschaft wird von vier „Letzteigentümersektoren" gehalten. Dies sind der Staat, die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck,[1] die privaten Haushalte und das Ausland. In Deutschland gehört der überwiegende Teil des Volksvermögens den inländischen privaten Haushalten.[2]

Das Vermögen der privaten Haushalte setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: dem Sachvermögen in Form von Grundeigentum im In- und Ausland und dem Gebrauchsvermögen. Zu letzterem zählen auch Gold, Schmuck oder wertvolle Sammlungen. Folgt man der Abgrenzung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechung, so gehören zum Gebrauchsvermögen auch Hausrat und Kraftfahrzeuge.[3] Neben dem Sachvermögen speist sich das Vermögen der privaten Haushalte auch aus dem Geldvermögen in Form von Forderungen gegenüber dem Staat, Unternehmen, Finanzinstitutionen und dem Ausland. Eine weitere Komponente stellt das Beteiligungsvermögen durch börsengehandelte Aktien oder Eigentumsrechte an Unternehmen (Betriebsvermögen) und Finanzinstitutionen im In- und Ausland dar. Diesem Bruttovermögen stehen Verbindlichkeiten aller Art (Hypotheken, Konsumentenkredite) gegenüber. Der Saldo dieser vier Komponenten bildet das Nettovermögen des Haushaltssektors.[4] Andere, insbesondere nicht übertragbeziehungsweise handelbare Vermögensarten einer Gesellschaft wie das Human-, das Umwelt- oder Kulturvermögen werden im Folgenden nicht berücksichtigt.

1 Hierzu zählen zum Beispiel Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine, Verbände, Parteien oder Gewerkschaften.
2 Dabei ist das Inlandskonzept vom Inländerkonzept zu unterscheiden. Beim Inlandskonzept wird nur das Volksvermögen innerhalb eines Landes gezählt, während beim Inländerkonzept – das hier Anwendung findet – nur das Vermögen der in einem Land Ansässigen berücksichtigt wird. Diese Unterscheidung ist insofern wichtig, als Inländer auch Eigentumsrechte im Ausland halten können. Das Nettoauslandsvermögen ist dabei der Saldo aus Eigentumsrechten, Forderungen und Verbindlichkeiten im Ausland. Das Volksvermögen nach dem Inländerkonzept besteht somit aus dem Eigentum der drei inländischen Letzteigentümersektoren und dem Nettoauslandsvermögen.

3 Der gesamte Hausrat und der Wert von Kraftfahrzeugen wird im SOEP nicht eigenständig erhoben. Die Vermögenssituation der privaten Haushalte ist damit insgesamt unterschätzt (Kasten 2).
4 Bei einer Volksvermögensrechnung entstehen Probleme der Zurechnung der verschiedenen Komponenten auf die Letzteigentümersektoren, insbesondere des Beteiligungsvermögens auf die privaten Haushalte. Aber auch das von Inländern gehaltene Auslandsvermögen wird bei einer Vermögensrechnung für gewöhnlich nicht vollständig erfasst.

privaten Vermögens im Jahr 2002.[4] Empirische Grundlage sind die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)[5] der Erhebungsjahre 2002 und 2007. Mit diesen repräsentativen Längsschnittdaten kann die Entwicklung, die Verteilung und die Mobilität der individuellen Vermögen dargestellt werden. Etwaige Vermögensverluste durch die aktuelle Finanzmarktkrise sind in dieser Studie nicht enthalten. Deren Auswirkungen auf das individuelle Gesamtvermögen dürften sich aber in Grenzen halten.[6] In herkömmlichen Befragungen wird der Vermögensbestand auf Haushaltsebene erhoben und zum Zweck der Verteilungsanalyse jedem Haushaltsmitglied pro Kopf zugewiesen. Im Gegensatz dazu werden im SOEP Vermögenskomponenten auf der Personenebene erfragt, das heißt im Folgenden werden individuelle Vermögen von Personen ab 17 Jahren ausgewiesen. Dadurch ist es im Prinzip möglich, auch die private Umverteilung *innerhalb* von Haushalten zu analysieren.

Das SOEP erfasst sieben verschiedene Vermögenskomponenten: selbst genutzter und sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem unbebaute Grundstücke, Ferien- oder Wochenendwohnungen), Geldvermögen (Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien oder Investmentanteile), Vermögen aus privaten Versicherungen (Lebens- oder private Rentenversicherungen, Bausparverträge), Betriebsvermögen (Besitz oder Beteiligung an einer Firma, Geschäft oder Betrieb), Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände sowie Schulden (Konsumenten- und Hypothekenkredite).[7] Nach Abzug der Verbindlichkeiten vom Bruttovermögen erhält man das wohlfahrtsöko-

4 Vergleiche Grabka, M. M., Frick, J. R.: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 45/2007.
5 Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vergleiche Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I.: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv Bd. 2, Heft 4, 2008, 301–328.
6 Das Geldvermögen ist zwischen Ende 2007 und Ende 2008 lediglich um 2,5 Prozent zurückgegangen. Vgl. Allianz Group: Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland erleidet Einbruch. Pressemitteilung vom 7. Januar 2009. Zudem ist auch die Auswirkung der Finanzmarktkrise auf die Verkehrswerte deutscher Privatimmobilien vernachlässigbar.

7 Gegenüber der letzten Berichterstattung des DIW Berlin zur Vermögenssituation in Deutschland wurden auch die Daten für 2002 leicht revidiert. Dies betrifft insbesondere methodische Verbesserungen bei der Qualität der Imputation fehlender Angaben auf Basis von Längsschnittinformationen sowie die rückwirkende Imputation von Vermögensbeständen unter 2 500 Euro, die 2002 nicht erhoben wurden.

Tabelle 1

Verteilung des individuellen[1] Nettovermögens in Deutschland 2002 und 2007

Verteilungskennwerte	Westdeutschland		Veränderung 2002/07 in %	Ostdeutschland		Veränderung 2002/07 in %	Deutschland		Veränderung 2002/07 in %
	2002	2007		2002	2007		2002	2007	
Mittelwert	90 724	101 208	11,6	34 029	30 723	–9,7	80 055	88 034	10,0
Median	18 128	20 110	10,9	7 570	6 909	–8,7	15 000	15 288	1,9
90. Perzentil	235 620	250 714	6,4	102 475	90 505	–11,7	208 483	222 295	6,6
95. Perzentil	350 818	382 923	9,2	149 618	136 594	–8,7	318 113	337 360	6,1
99. Perzentil	805 753	913 814	13,4	293 903	252 603	–14,1	742 974	817 181	10,0
HSCV	4,496	6,103	35,7	2,313	2,829	22,3	4,805	6,677	39,0
Gini	0,765	0,785	2,6	0,792	0,813	2,7	0,777	0,799	2,8
MLD	0,564	0,660	17,0	0,439	0,452	3,0	0,582	0,676	16,3
p90/p50	13,000	12,468	–4,1	13,542	13,104	–3,2	13,899	14,547	4,7
Anteil: negatives oder kein Vermögen (in %)	27,7	26,4	–4,7	29,1	29,7	2,1	27,9	27,0	–3,2
Nachrichtlich: Bevölkerungsanteil (in %)	81,2	81,3	0,2	18,8	18,7	–0,5	100,0	100,0	–

1 Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

nomisch relevante Nettogesamtvermögen, das Gegenstand der Analysen zur personellen Vermögensverteilung ist (Kasten 1).

Private Haushalte verfügten 2007 über ein Nettovermögen von 6,6 Billionen Euro …

Die hochgerechneten Daten des SOEP ergeben ein gesamtes Bruttovermögen (ohne Pkw und Hausrat) für das Jahr 2007 von rund acht Billionen Euro, wobei Grund- und Immobilienbesitz mit 5,3 Billionen Euro den größten Teil ausmacht. Im Vergleich zu 2002 ist der Wert des Bruttovermögens damit um nominal mehr als 1,1 Billionen Euro gewachsen, inflationsbereinigt entspricht dies einem Zuwachs von gut sieben Prozent.[8] Er resultiert überwiegend aus realen Zuwächsen beim Geldvermögen, während der Wert des Immobilienbesitzes gegenüber 2002 konstant blieb.

Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte beliefen sich 2007 auf gut 1,4 Billionen Euro, vorrangig bestehend aus Konsumenten- und Hypothekarkrediten. Nach Abzug dieser Verbindlichkeiten beträgt das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahre 2007 insgesamt 6,6 Billionen Euro.

… je Erwachsenem entspricht dies 88 000 Euro

Aus wohlfahrts- und sozialpolitischer Sicht spielt die personelle Verteilung dieser Aggregate und deren Veränderung über die Zeit eine wichtige Rolle: Im Durchschnitt verfügten die Personen ab 17 Jahren 2007 über ein individuelles Nettogesamtvermögen (ohne Sozialversicherungsansprüche, Kasten 2) von rund 88 000 Euro und damit über rund zehn Prozent mehr als 2002 (Tabelle 1). Der Median der Vermögensverteilung, der Wert, der die reiche Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt, liegt bei nur 15 000 Euro. Dabei verfügten etwas mehr als ein Viertel aller Erwachsenen (27 Prozent) über kein persönliches Vermögen oder waren sogar verschuldet, während das reichste Zehntel der Bevölkerung über ein Netto-Gesamtvermögen von mindestens 222 000 Euro verfügte.

Nach wie vor zeigen sich ausgeprägte Unterschiede im Nettovermögen zwischen West- und Ostdeutschland. Während in den alten Ländern das individuelle Nettovermögen 2007 im Durchschnitt bei mehr als 100 000 Euro lag, erreichte es in den neuen Ländern nur rund 31 000 Euro. Dabei haben sich die Unterschiede im 5-Jahres-Untersuchungszeitraum verstärkt: In den alten Ländern wuchs das Nettovermögen um mehr als elf Prozent, während es in den neuen Ländern um knapp zehn Prozent abnahm – inflationsbereinigt entspricht dies einem Rückgang um mehr als 17 Prozent. Hauptgrund ist das Sinken des Marktwertes selbst genutzter Immobilien. Auch gemessen am Median entwickelte sich das Nettovermögen in den beiden Landesteilen gegenläufig. Dies gilt auch für den Anteil der Personen, die kein Vermögen aufweisen oder verschuldet sind.

Vermögensungleichheit nimmt weiter zu

Ordnet man die Personen nach der Höhe ihres Nettovermögens und teilt sie in zehn gleich gro-

8 Die Inflationsbereinigung wurde auf Basis des Verbraucherpreisindex vorgenommen (Basisjahr = 2000).

Kasten 2

Methodische Probleme der Erfassung von Vermögen

Nicht nur der Ansatz der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sondern auch die Analyse der Vermögensverteilung auf Basis von bevölkerungsrepräsentativen Mikrodaten ist mit einer Reihe von methodischen und statistischen Problemen konfrontiert.

Beiden Ansätzen gemeinsam ist, dass die Anwartschaften an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die akkumulierten Ansprüche aus rentenversicherungsrelevanten Tätigkeiten werden in Entgeltpunkte übertragen, die keinen direkten Bezug zum Sozialversicherungsvermögen erkennen lassen, und daher in Bevölkerungserhebungen kaum direkt erfragbar sind. (In ähnlicher Weise dürften auch Ansprüche gegenüber Anwartschaften aus Betriebsrenten von Erhebungsproblemen betroffen sein.) Es muss aber davon ausgegangen werden, dass insbesondere die erstgenannte Komponente den am häufigsten in der Bevölkerung anzutreffenden Vermögensbestandteil darstellt, da für die Mehrheit der erwerbsfähigen Bevölkerung Rentenversicherungspflicht besteht beziehungsweise rentenversicherungsrelevante Ansprüche, zum Beispiel in Form von Ausbildungs- oder Kindererziehungszeiten, erzielt wurden. Auswertungen der Rentenversicherungsdaten belegen, dass 91 Prozent der Männer und 87 Prozent der Frauen im Alter ab 65 Jahren eigene Ansprüche an die GRV aufweisen (in Ostdeutschland liegen die entsprechenden Quoten sogar bei 99 Prozent):[1]

In Bevölkerungsbefragungen werden gewöhnlich bestimmte Vermögenskomponenten nicht erfragt, da deren Erfassung besonders problematisch ist. Das Sachvermögen umfasst den Wert des gesamten Hausrats inklusive aller im Haushalt vorhandenen (Kraft-) Fahrzeuge. Da die Befragten den aktuellen Marktwert des gesamten Hausrats kaum angeben können, wurde in der vorliegenden Studie nur Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände erfragt. Aufgrund dieser Einschränkung wird diese Vermögenskomponente im Aggregat im Vergleich zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterschätzt.

In Bevölkerungsbefragungen werden Vermögensbestände gewöhnlich auf der Haushaltsebene erfasst und in Form von Pro-Kopf-Vermögen ausgewiesen.[2] Das SOEP weist hier eine methodische Besonderheit auf, da das individuelle Vermögen von jeder Befragungsperson ab einem Alter von 17 Jahren erhoben wird. Damit lassen sich im Vergleich zu einer Pro-Kopf-Betrachtung auch Unterschiede innerhalb von Haushalten beziehungsweise Partnerschaften darstellen. Die vorliegenden Analysen beziehen sich auf das individuelle Vermögen von Personen ab einem Alter von 17 Jahren in Deutschland,[3] das heißt, die in privaten Haushalten stattfindende Umverteilung von Personen mit höherem Vermögen zu Haushaltsmitgliedern mit geringerem individuellem Vermögen bleibt unberücksichtigt. Ein Vergleich aggregierter Vermögensbestände des SOEP mit der Vermögensstatistik der Deutschen Bundesbank belegt aber für die Mehrzahl der in dieser Studie ausgewiesenen Vermögenskomponenten eine, auch im internationalen Vergleich betrachtet, hohe Übereinstimmung.[4] Eine Ausnahme bildet das Geldvermögen mit einer Erfassungsquote von nur rund 50 Prozent.[5]

Insgesamt werden rund 80 Prozent des aggregierten Nettovermögens (ohne Sachvermögen), soweit es von privaten Haushalten gehalten wird, mit dem SOEP nachgewiesen. Diese Nachweisquote ist leicht höher als die der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Dem in Bevölkerungsumfragen verbreiteten Problem einer nicht aussagekräftigen Repräsentation hoher Einkommen und Vermögen wird im SOEP seit 2002 durch die Teilstichprobe „Einkommensstarke Haushalte" verstärkt Rechnung getragen. Vor dem Hintergrund der hohen Ungleichheit in der personellen Vermögensverteilung kommt dieser Teil-Stichprobe beziehungsweise der ausreichend großen Fallzahl reicher Haushalte im

1 Vgl. Bundsministerium für Arbeit und Soziales: Alterssicherungsbericht 2008. 83, *www.bmas.de/coremedia/generator/29492/property=pdf/2008_11_19_alterssicherungsbericht.pdf*.

2 Vgl. zum Beispiel die Ergebnisse auf Basis der EVS, die Vermögen nur auf der Haushaltsebene erfasst: Hauser, R., Stein, H.: Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland. Frankfurt a.M. 2001.

3 Damit wird das von Kindern gehaltene Vermögen vernachlässigt, wobei davon auszugehen ist, dass dieses nur einen sehr geringen Anteil am Gesamtvermögen ausmacht.

4 Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M., Sierminska, E. M.: Representative Wealth Data for Germany from the German SOEP: The Impact of Methodological Decisions around Imputation and the Choice of the Aggregation Unit. DIW Berlin Discussion paper Nr. 562, Berlin, März 2007.

5 Diese auch im internationalen Vergleich bekannte Tatsache einer Unterfassung des Finanzvermögens bei Bevölkerungsbefragungen ist unter anderem das Ergebnis einer unterschiedlichen Abgrenzung der unterstellten Vermögen und einer unterschiedlichen Populationsabgrenzung. So werden in der Vermögensstatistik der Deutschen Bundesbank neben der Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel Altenwohn- und Pflegeheime) auch die Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, etc.) berücksichtigt, während das SOEP nur Ergebnisse für Personen in privaten Haushalten ausweist. Als Weiteres werden in der Vermögensstatistik der Deutschen Bundesbank auch Anwartschaften an die private Krankenversicherung (PKV) dem Finanzvermögen der Privathaushalte hinzugerechnet, obwohl privat Krankenversicherte keinen direkten Zugriff auf dieses Vermögen haben. Diese Anwartschaften beliefen sich im Jahr 2007 auf über 123 Milliarden Euro; PKV 2008: Zahlenbericht der privaten Krankenversicherung 2007/2008. 63.

SOEP besondere Bedeutung zu.[6] Insbesondere kann der Zusammenhang zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung vor allem auch für die Gruppe der Hocheinkommensbezieher detaillierter dargestellt werden, da Vermögensbestände, Vermögenseinkommen und Ersparnis in hohem Maße vom verfügbaren Einkommen abhängig sind.

Eine grundsätzliches Problem ergibt sich aus der Notwendigkeit der marktnahen Bewertung von Vermögensbeständen. So wird das Immobilienvermögen aus steuerlicher Sicht bislang mit dem Einheitswert bewertet, der in der Regel deutlich unter dem Verkehrswert liegt. Die Angabe des Verkehrswerts im Rahmen einer Befragung ist schwierig, insbesondere wenn das Objekt ererbt oder bereits vor längerer Zeit gekauft wurde und die Befragten nicht über ausreichende aktuelle Marktkenntnis verfügen. Auch die Bewertung von Betriebsvermögen stößt bekanntermaßen auf große Probleme.

Vermögenswerte können im Gegensatz zu regelmäßigen Einkommen sehr volatil sein und damit die Bewertung zusätzlich erschweren. Dies führt wiederum, neben der generellen Sensitivität dieser Thematik, auch zu mehr Antwortverweigerungen bei vermögensrelevanten Fragen.

Neben einer umfassenden Konsistenzprüfung der individuellen Angaben werden im SOEP ausnahmslos alle fehlenden Vermögenswerte mittels multipler Imputation ersetzt.[7] Die Qualität der Imputation fällt dabei aufgrund der Verwendung von Längsschnittdaten im Rahmen der wiederholten Messung der Vermögenserfassung in den Jahren 2002 und 2007 besser aus, als dies bei nur einmaliger Erhebung der Fall ist.

6 Vgl. Frick, J. R., Goebel, J., Grabka, M. M., Groh-Samberg, O., Wagner, G. G.: Zur Erfassung von Einkommen und Vermögen in Haushaltssurveys: Hocheinkommensstichprobe und Vermögensbilanz im SOEP. DIW Data Documentation Nr. 19, 2007.

7 Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M., Marcus, J.: Editing and Multiple Imputation of Item-Non-Response in the 2002 Wealth Module of the German Socio-Economic Panel (SOEP). SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin, No. 18/2007, Berlin 2007.

ße Gruppen (Dezile) ein, so zeigt sich, dass das reichste Zehntel 2007 über mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens verfügte (Abbildung 1). Darunter hielten die obersten fünf Prozent 46 Prozent und das oberste Prozent etwa 23 Prozent des gesamten Vermögens. Gegenüber dem Jahr 2002 hat die Konzentration der Nettovermögen im Top-Dezil weiter zugenommen, in allen anderen Dezilen sind die entsprechenden Anteilswerte für 2007 dagegen niedriger.

Mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung besaßen dagegen kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen. Die untersten 70 Prozent der nach dem Vermögen sortierten Bevölkerung haben einen Anteil am Gesamtvermögen von unter neun Prozent und damit rund 1,5 Prozentpunkte weniger als 2002.

Diese sehr ungleiche Verteilung zeigt sich auch in einem relativ hohen Gini-Koeffizienten.[9] Dieser liegt für 2007 bei 0,799 und ist damit noch näher am Maximalwert von 1 als der Wert für 2002 (0,777).[10] Weitere Kennziffern zur Messung der Vermögenskonzentration, die auch stärker die Veränderungen an den Rändern der Verteilung bewerten, belegen eine statistisch signifikante Zunahme der Vermögensungleichheit.[11]

9 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichheit. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit.

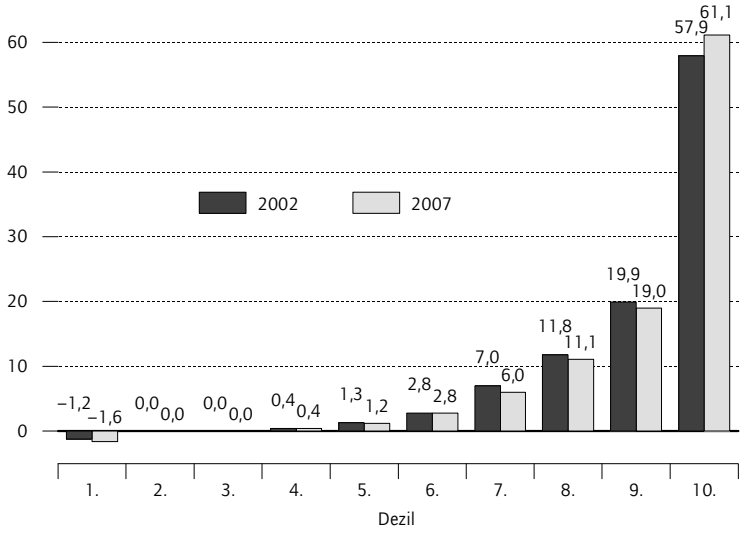
10 Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland damit eine mittlere Position bei der Vermögensungleichheit ein. So lag der Gini-Koeffizient in Kanada 1999 bei 0,75 und in den USA 2001 bei 0,84. Vgl. Sierminska, E., Brandolini, A., Smeeding, T.: Comparing Wealth Distribution across Rich Countries: First Results from the Luxembourg Wealth Study. Luxembourg Wealth Study Working Paper Series, Working Paper No. 1, 2006.

11 Dies gilt sowohl für den sogenannten MLD-Koeffizienten, der insbesondere sensitiv gegenüber Veränderungen am unteren Ende der Vermögensverteilung ist, als auch für den HSCV-Koeffizienten, der die oberen Vermögen stärker beachtet. Der MLD gibt die mittlere logarithmierte Abweichung an, der HSCV leitet sich aus dem quadrierten Variationskoeffizienten ab.

Abbildung 1

Individuelles[1] Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



1 Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

Tabelle 2

Vermögenskomponenten des individuellen Nettovermögens in Deutschland 2002 und 2007

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	2002	2007	2002	2007	2002	2007
Anteil der jeweiligen Besitzer an der Bevölkerung[1]						
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	38,1	38,2	28,8	28,1	36,4	36,3
Sonstiger Immobilienbesitz	11,1	11,1	6,4	6,9	10,2	10,4
Geldvermögen	45,8	49,6	44,4	46,0	45,5	48,9
Private Versicherungen	46,6	53,2	49,9	51,3	47,2	52,9
Darunter: Bausparverträge[2]	–	41,0	–	39,4	–	40,7
Betriebsvermögen	4,4	4,5	3,5	3,7	4,2	4,4
Sachvermögen	10,8	6,7	4,6	3,5	9,6	6,1
Schulden[3]	30,5	34,0	25,9	29,4	29,6	33,1
Portfoliostruktur in Prozent des Nettovermögens						
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	62,3	58,3	73,8	73,7	63,2	59,3
Sonstiger Immobilienbesitz	23,4	22,9	10,3	9,9	22,4	22,1
Geldvermögen	11,8	13,8	17,1	20,1	12,3	14,2
Private Versicherungen	10,8	13,0	14,5	18,6	11,1	13,4
Darunter: Bausparverträge[2]	–	9,9	–	12,9	–	10,1
Betriebsvermögen	9,8	11,1	8,6	7,7	9,7	10,9
Sachvermögen	1,8	1,3	1,5	0,8	1,8	1,3
Schulden[3]	–20,0	–20,6	–25,9	–30,8	–20,5	–21,2
Insgesamt in Prozent	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
Insgesamt in Euro	**90 724**	**101 208**	**34 029**	**30 723**	**80 055**	**88 034**
Durchschnittliche Höhe der jeweiligen Vermögensart[4] in Euro						
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	148 291	154 468	87 351	80 433	139 220	143 754
Sonstiger Immobilienbesitz	191 917	208 127	55 112	44 387	175 798	187 786
Geldvermögen	23 436	28 254	13 134	13 463	21 546	25 654
Private Versicherungen	21 100	24 804	9 907	10 048	18 874	22 328
Darunter: Bausparverträge[2]	–	24 398	–	11 155	–	21 798
Betriebsvermögen	203 362	247 191	84 589	65 048	184 959	218 823
Sachvermögen	14 968	19 789	10 988	6 527	14 612	18 356
Schulden[3]	–59 507	–61 222	–34 068	–32 235	–55 326	–56 415

1 Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.
2 Nur 2007 separat erhoben.
3 Schulden aus Hypotheken und Konsumentenkrediten.
4 Nur diejenigen im Besitz der jeweiligen Vermögensart.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

Ein alternatives Verteilungsmaß ist das 90/50-Dezils-Verhältnis, welches die untere Vermögensgrenze der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung auf die obere Vermögensgrenze der ärmsten 50 Prozent (Median) bezieht. Diese Kennziffer gibt also das Vielfache des Vermögens reicher Personen im Verhältnis zum Mittelpunkt der Vermögensverteilung an. Für 2007 errechnet sich ein Wert von 14,5. Das heißt, die „ärmste" Person innerhalb der Top-Zehn-Prozent-Gruppe übertraf den Median der Verteilung um mehr als das 14-fache. Auch dieser Wert weist auf eine Steigerung gegenüber 2002 (13,9) hin, da der Median lediglich um knapp zwei Prozent stieg, die untere Grenze der „Top ten" aber um rund zehn Prozent.

Hohe Bedeutung von Immobilienbesitz

Die Betrachtung reiner Nettogrößen verdeckt im Allgemeinen wichtige Strukturunterschiede, sowohl bezüglich der Zusammensetzung des Vermögens als auch bezüglich eventueller Verbindlichkeiten. So kann ein niedriges Nettovermögen das Ergebnis eines hohen Bruttovermögens bei gleichzeitig ähnlich hohem Schuldenstand sein (zum Beispiel bei jungen Familien kurz nach dem Erwerb eines mit Hypotheken belasteten Eigenheims), oder es kann schlicht ein niedriges Geldvermögen ausdrücken.

Rund die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung hielt 2007 Geldvermögen (49 Prozent) oder Vermögen in Form von privaten Versicherungen einschließlich Bausparverträge (53 Prozent) (Tabelle 2). Gegenüber 2002 hat der Verbreitungsgrad beider Anlageformen zugenommen.[12] Im Durch-

12 Darüber hinaus ist bei der Interpretation dieser Ergebnisse zu berücksichtigen, dass in der hier vorgelegten Analyse der Geld- und Sachvermögen eventuelle Ansprüche an die Sozialversicherungsträger (GRV, Knappschaften, berufsständische Versorgungswerke, Pensionskassen und so weiter) nicht berücksichtigt und auch im SOEP wie der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) nicht erhoben werden. Während ein aktueller Rentenbezug standardmäßig

schnitt waren 2007 rund 25 000 Euro als Geldvermögen und etwas mehr als 22 000 Euro in privaten Versicherungen angelegt. Im Vergleich zu 2002 hat sich deren Wert um rund 18 Prozent vergrößert.[13] Diese Entwicklung kann unter anderem durch die Reformen zur Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester- oder Rürup-Rente) erklärt werden.[14] Zudem hat auch zwischen 2002 und 2007 die aggregierte Sparquote in Deutschland von 9,9 Prozent auf 10,8 Prozent zugenommen.[15]

Eine selbst genutzte Immobilie wird von mehr als einem Drittel der Bevölkerung gehalten,[16] sonstiger Immobilienbesitz liegt bei etwa einem Zehntel der erwachsenen Bevölkerung vor. Diese Anteile haben sich seit 2002 nicht verändert. Hinsichtlich der quantitativen Bedeutung, gemessen als Anteil am gesamten Vermögen, sind – bei Ausblendung der Sozialversicherungsansprüche – selbst genutzte Immobilien die wichtigste Anlageform in Deutschland. Der durchschnittliche Bruttowert dieser Vermögensform beläuft sich auf knapp 145 000 Euro. Deren Anteil an der Portfoliostruktur hat aber – unter anderem aufgrund von stagnierenden oder sogar rückläufigen Verkehrswerten in verschiedenen Regionen Deutschlands und der gleichzeitig steigenden Relevanz anderer Anlageformen wie private Versicherungen – seit 2002 leicht abgenommen.

Rund ein Drittel der Bevölkerung hatte Verbindlichkeiten in Form von Hypotheken- oder Konsumentenkrediten. Gegenüber 2002 ist dieser Anteil um rund vier Prozentpunkte gestiegen. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten nahmen dabei kaum zu. Sie erreichten 2007 gut 56 000 Euro.

Ein Vergleich der Portfoliostruktur mit der Besitzerstruktur belegt die Relevanz des Betriebsvermögen: Während lediglich vier Prozent aller Personen Vermögen in dieser Form hielten, machte das Betriebsvermögen elf Prozent des gesamten Nettovermögens aus. Personen mit Betriebsvermögen besaßen 2007 davon durchschnittlich knapp 220 000 Euro; das waren gut 18 Prozent mehr als 2002. Daneben hat der sonstige Immobilienbesitz besondere Bedeutung. Mehr als ein Fünftel des gesamten Nettovermögens entfiel auf diese Anlageform, und deren durchschnittliche Höhe lag bei knapp 190 000 Euro.

Sowohl der mittlere Wert als auch die Verbreitung von Immobilienvermögen sind in den neuen Ländern deutlich niedriger als in den alten. Geldvermögen und private Versicherungen werden in beiden Landesteilen in ähnlichem Maße gehalten, deren relative Bedeutung ist in Ostdeutschland aber – ungeachtet der geringeren Marktwerte – höher als in den alten Ländern. Auffallend ist zudem, dass die relative Bedeutung von Schulden in den neuen Ländern mit knapp 31 Prozent um etwa zehn Prozentpunkte höher ist als in den alten Ländern, wenngleich der absolute Betrag 2007 im Osten mit etwa 32 000 Euro nur knapp halb so hoch war wie im Westen.

Während in den neuen Ländern der Wert von Immobilien- und Betriebsvermögen zum Teil deutlich rückläufig war, zeigten sich bei diesen Anlageformen in Westdeutschland Zuwächse. So ist der Wert des selbst genutzten Immobilienvermögens von Personen in Westdeutschland zwischen 2002 und 2007 um rund 6 000 Euro auf 154 000 Euro gestiegen, während für Eigentümer in Ostdeutschland ein Verlust von 7 000 Euro auf nunmehr rund 80 000 Euro zu beobachten ist.[17]

Individuelle Vermögensposition stark altersabhängig

Ein Vergleich der Vermögensbestände (wiederum ohne Sozialversicherungsvermögen) nach Altersklassen zeigt ein klassisches Lebenszyklusmuster (Abbildung 2): Bis zu einem Alter von 25 Jahren ist das durchschnittliche Nettovermögen gering. Im Jahr 2007 lag es bei weniger als 7 000 Euro. Nach Abschluss der Ausbildungsphase und mit dem Eintritt in das Erwerbsleben besteht die Möglichkeit des Sparens und des Aufbaus von Vermögen, gleichzeitig steigt die Wahrschein-

als Einkommensstrom erfasst wird, sind zukünftige Rentenzahlungen aufgrund der notwendigen Annahmen zur Berechnung eines Gegenwartswertes (differentielle Lebenserwartung, Diskontierungsrate und so weiter) sowie fehlender Übertrag- und Handelbarkeit von den Analysen ausgeschlossen.

13 Das Geldvermögen der privaten Haushalte hat sich nach Angaben der Deutschen Bundesbank zwischen 2002 und 2006 um 23,2 Prozent vergrößert; vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juni 2007, 59. Jahrgang, Nr. 6, 26.

14 So hat sich die Zahl der sogenannten Riesterverträge jeweils zu Beginn eines Jahres von knapp zwei Millionen 2002 auf mehr als 8,5 Millionen 2007 mehr als vervierfacht; vgl. BMAS: Entwicklung der Riester-Rente. Stand: III. Quartal 2008, *www.bmas.de/coremedia/generator/29424/riester_rente_entwicklung_diagramm_stand_III_2008.html.*

15 Vgl. Deutsche Bundesbank: Zeitreihe JJA327: VGR-D-Ges, Konto der privaten Haushalte, Sparquote. *www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=JJA327.*

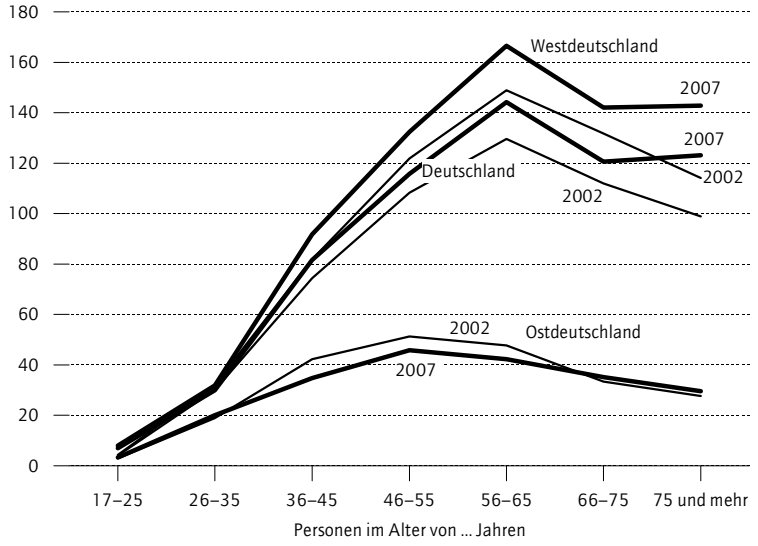
16 Im Jahr 2007 lebten zwar rund 48 Prozent aller Personen in Deutschland in Haushalten mit selbst genutztem Wohneigentum, der Anteil der Personen, die selbst genutzte Immobilien besitzen lag aber nur bei 36 Prozent. In vielen Haushalten gehören selbst genutzte Immobilien nur einem Haushaltsmitglied; insbesondere erwachsene Kinder, die noch im elterlichen Haushalt leben, sind in der Regel nur „Mitbewohner", aber nicht „Mitbesitzer".

17 Diese negative Entwicklung bei den Verkehrswerten von Immobilien wird auch von den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte bestätigt. So sind die Bodenwerte für Wohnbauland im engeren Verflechtungsraum in Brandenburg von 2002 bis 2007 um 17 Prozent zurückgegangen. Vgl. Oberer Gutachterausschuss für Grundstückswerte: Land Brandenburg. Grundstücksmarktbericht 2008.

Abbildung 2

Individuelles[1] Nettovermögen nach Altersgruppen in Deutschland 2002 und 2007

In 1 000 Euro



1 Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

lichkeit von Erbschaften beziehungsweise des Bezugs von Vorabübertragungen. Im Ergebnis wächst das durchschnittliche Nettogesamtvermögen oberhalb von 25 Jahren deutlich. Das höchste durchschnittliche individuelle Nettovermögen besitzt die Gruppe der 56- bis 65-Jährigen mit knapp 145 000 Euro. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Aufbau von Nettovermögen in Form von Immobilien zu; diese sind in der Regel bis zum Eintritt des Rentenalters abbezahlt. Mit dem Beginn des Übergangs in den Ruhestand (Altersgruppe ab 65 Jahre) sinkt zwar das individuelle Nettogesamtvermögen aufgrund des Aufzehrens von Vermögensbeständen und Vorabübertragungen an nachfolgende Generationen leicht, jedoch halten ältere Menschen weiterhin mehr als 120 000 Euro an Nettovermögen.

Gegenüber dem Jahr 2002 weisen die Gruppen der 56- bis 65-Jährigen und der über 75-Jährigen die höchsten Vermögenszuwächse auf. Für die letztgenannte Gruppe wirken hierbei neben Kohorteneffekten auch demographische Phänomene wie sozialstrukturell selektive Mortalität[18] und das Re-Migrationsverhalten von älteren Ausländern. Wohlhabende machen dementsprechend einen relativ höheren Anteil innerhalb dieser Altersgruppe aus und erhöhen damit die Chancen für durchschnittlich höhere Vermögen im Vergleich zu anderen Altersgruppen. Für die Gruppe der 56- bis 65-Jährigen dürften neben lebenszyklisch typischen relativ hohen Erwerbseinkommen auch Erbschaften[19] eine erhebliche Rolle für den überdurchschnittlichen Vermögenszuwachs spielen.

Neben den bereits dargestellten Unterschieden beim Nettogesamtvermögen zwischen den neuen und den alten Ländern, fällt auf, dass vor allem die älteren Menschen (66 und mehr Jahre) in den neuen Ländern eine weit unterdurchschnittliche Vermögensposition (rund 40 Prozent gemessen am gesamtdeutschen Mittelwert aller Altersgruppen) im Vergleich zu 160 Prozent im Westen aufweisen. Gegenüber 2002 hat sich diese Lücke weiter vergrößert. Der deutliche Nachteil erklärt sich auch aus den fehlenden Akkumulationsmöglichkeiten für die ehemaligen Bürger der DDR, wobei dieser Rückstand in den letzten Jahren aufgrund der höheren Arbeitslosigkeitsrisiken, niedrigerer Erwerbseinkommen und der selektiven Ost-West-Wanderung weiter verstärkt wurde. Ein anderer wichtiger Faktor für die Vermögensposition dieser Altersgruppe ist der niedrigere Wohneigentümeranteil in Ostdeutschland, wobei hier zudem die rückläufigen Marktwerte des Wohneigentums – ohne entsprechende Reduktion einer eventuell noch bestehenden Verschuldung – eine wichtige Rahmenbedingung der individuellen Vermögensakkumulation darstellt.

Für die mittleren Altersgruppen (36 bis 65 Jahre) ist ein deutlicher Vermögensrückgang in Ostdeutschland zu konstatieren. Dieser beläuft sich je nach Altersgruppe auf 7 000 bis 14 000 Euro, was einem relativen Rückgang von 10 bis 17 Prozent entspricht. Es ist zu vermuten, dass die Einführung des Arbeitslosengeldes II zu einem stärkeren Entsparen im Falle von Arbeitslosigkeit beigetragen hat, da eigenes Vermögen zunächst weitgehend aufgezehrt werden muss, bevor diese staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden kann.[20] Aufgrund des deutlich höheren Arbeitslosigkeitsrisikos wirkt sich dies in den neuen Ländern in stärkerem Maße aus.

Vermögen und berufliche Stellung

Neben Erbschaften und Schenkungen stellt die aktuelle beziehungsweise frühere Erwerbstätigkeit eine wichtige Quelle für den privaten Ver-

18 Vgl. Himmelreicher, R. K., Sewöster, D., Schulz, R., Schulz, A.: Die fernere Lebenserwartung von Rentnern und Pensionären im Vergleich. WSI Mitteilungen 5, 2008, 274–280.

19 Vgl. Szydlik, M., Schupp, J.: Wer erbt mehr? Erbschaften, Sozialstruktur und Alterssicherung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56, 2004, 609–629.

20 Siehe dazu auch die Ausführungen zum Zusammenhang von Vermögensveränderungen und Arbeitslosigkeit (Abbildung 5).

Tabelle 3

Nettovermögen nach beruflicher Stellung 2002 und 2007

	2002			2007		
	Mittelwert	Negatives oder kein Vermögen	Bevölkerungs-struktur[1]	Mittelwert	Negatives oder kein Vermögen	Bevölkerungs-struktur[1]
	Euro	Anteil in Prozent		Euro	Anteil in Prozent	
In Ausbildung, Praktikant, Wehr-, Zivildienst	4 837	60,9	8,0	10 876	46,7	6,9
Un-, angelernte Arbeiter, Angestellte ohne Ausbildungsabschluss	35 915	39,4	10,6	34 418	39,0	10,0
Gelernte und Facharbeiter, Angestellte mit einfacher Tätigkeit	43 788	27,4	9,9	45 891	29,7	11,2
Vorarbeiter, Meister, Polier, Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit	68 212	17,2	13,6	71 535	17,0	13,7
Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben	115 916	9,8	8,1	118 856	8,7	8,1
Beamte, einfacher oder mittlerer Dienst	66 235	19,9	1,3	63 118	11,6	1,3
Beamte, gehobener oder höherer Dienst	138 300	7,3	2,6	140 334	7,5	3,0
Selbständige ohne Mitarbeiter	134 701	21,4	2,8	177 194	17,9	3,5
Selbständige mit 1–9 Mitarbeitern	292 969	8,5	2,2	345 614	11,0	2,0
Selbständige mit 10 oder mehr Mitarbeitern	1 087 895	8,5	0,3	1 111 103	14,2	0,5
Nicht erwerbstätig, arbeitslos	58 488	41,3	14,2	51 113	49,0	13,4
Rentner, Pensionäre	96 513	22,7	26,3	113 594	20,4	26,3
Insgesamt	**80 055**	**27,9**	**100,0**	**88 034**	**27,0**	**100,0**

1 Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

mögensaufbau dar. Die Sparleistung wird dabei maßgeblich von der beruflichen Stellung und dementsprechend von dem erzielten Einkommen bestimmt. Bei der Interpretation der Ergebnisse zur Vermögensverteilung nach beruflicher Stellung sind die unterschiedlichen Anreizstrukturen und Notwendigkeiten zum Vermögensaufbau als Altersvorsorge von Selbständigen, Beamten, Arbeitern und Angestellten zu beachten. Die Sozialversicherungs- und Pensionsansprüche von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Beamten sind in dieser Analyse nicht enthalten.

Während un- oder angelernte Arbeiter und Angestellte 2007 nur über ein Vermögen von rund 35 000 Euro verfügten, machte dieses bei qualifiziertem Fachpersonal (zum Beispiel Vorarbeiter, Meister) mehr als 70 000 Euro aus. Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben erreichten ein durchschnittliches individuelles Nettovermögen von etwa 119 000 Euro.

Untergliedert nach der Dienstlaufbahn zeigt sich, dass Beamte im einfachen oder mittleren Dienst ein Nettovermögen von gut 63 000 Euro und damit etwa so viel Vermögen aufwiesen wie Meister und Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit. Beamte des gehobenen oder höheren Dienstes hingegen verfügten über ein individuelles Nettovermögen von mehr als 140 000 Euro und damit über gut 20 000 Euro mehr als Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben wie Direktoren, Geschäftsführer oder Vorstände größerer Betriebe.

Erwartungsgemäß fällt das Vermögen von Selbständigen am höchsten aus. Zum einen betreiben Selbständige stärker Altersvorsorge in Form von privaten Versicherungen, zum anderen ergibt sich dies aus dem Betriebsvermögen selbst. Je größer ein Betrieb, desto höher ist das individuelle Vermögen von Selbständigen. Dieses lag 2007 bei Selbständigen ohne Mitarbeiter bei etwas mehr als 175 000 Euro und stieg auf mehr als 1,1 Millionen Euro für Selbständige mit mehr als zehn Mitarbeitern.

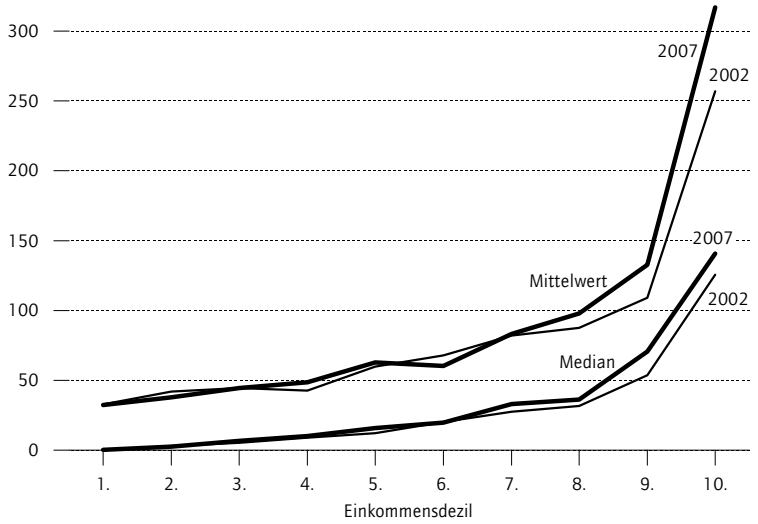
Nichterwerbstätige und Arbeitslose haben ein weit unterdurchschnittliches Vermögen – im Jahr 2007 etwas mehr als 50 000 Euro. Für die Gruppe der Rentner und Pensionäre ergaben sich lebenszyklusbedingt überdurchschnittliche Vermögen (114 000 Euro), da diese im Vergleich zu derzeit Erwerbstätigen bereits über einen langen Zeitraum Vermögen akkumulieren konnten.

Die größten Veränderungen beim Nettovermögen seit 2002 verzeichneten die Gruppen der Selbständigen mit – je nach Mitarbeiterzahl – 20 000 bis 50 000 Euro und der Ruheständler mit rund 17 000 Euro. Nichterwerbstätige und Arbeitslose des Jahres 2007 verfügten über etwa 13 Prozent (rund 7 400 Euro) weniger Nettovermögen als die entsprechende Gruppe des Jahres 2002.

Abbildung 3

Höhe des individuellen[1] Vermögens nach Dezilen des verfügbaren Haushaltseinkommens[2]

In 1 000 Euro



1 Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.
2 Äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

Signifikanter Zusammenhang von Vermögen und Einkommen

Obgleich das verfügbare Einkommen[21] deutlich weniger konzentriert ist als das Vermögen, besteht zwischen den Verteilungen dieser beiden ökonomischen Größen doch ein enger Zusammenhang. In Abbildung 3 sind, jeweils für 2002 und 2007, das arithmetische Mittel und der Median des individuellen Nettogesamt*vermögens* nach Dezilen der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushalts*einkommen* dargestellt.[22] Für beide Jahre zeigt sich deutlich der erwartet positive und statistisch signifikante Zusammenhang: Dem einkommensstärksten Zehntel der Bevölkerung stand 2007 durchschnittlich knapp 320 000 Euro an individuellem Vermögen zur Verfügung, während der entsprechende Wert für das einkommensschwächste Zehntel nur etwas mehr als 30 000 Euro betrug.

Das durchschnittliche Vermögen der untersten 30 Prozent der Einkommensbezieher ist gegenüber 2002 leicht zurückgegangen. Ab dem achten Einkommensdezil sind deutliche Zuwächse beim Vermögen zu beobachten, im obersten Zehntel der Einkommensschichtung erreicht die Verbesserung gegenüber 2002 rund 60 000 Euro.

Zusammenhang von Einkommensarmut und Vermögensarmut

Eine der zentralen Funktionen von Vermögen ist die Stabilisierung des Konsums bei Einkommensausfällen.[23] Dies gilt insbesondere beim Übergang in den Ruhestand. Anders als im Falle von relativer Einkommensarmut,[24] liegt keine allgemein anerkannte Definition von Vermögensarmut vor. In Analogie zur Bestimmung von Einkommensarmut wird im Folgenden eine Person als relativ vermögensarm definiert, deren gewichtetes Nettohaushaltsvermögen pro Kopf weniger als 60 Prozent des Medians der Gesamtbevölkerung beträgt.[25] Der Anteil der von relativer Einkommensarmut betroffenen Erwachsenen lag 2007 bei rund 17 Prozent (Abbildung 4). Da Vermögen wesentlich ungleicher verteilt sind als Einkommen, fiel die Quote der von relativer Vermögensarmut Betroffenen mit 43 Prozent deutlich höher aus. Insgesamt zwölf Prozent waren sowohl relativ einkommens- als auch vermögensarm, während gut fünf Prozent der Gesamtbevölkerung zwar als einkommensarm galten, aber gleichzeitig auf ein nennenswertes Vermögen zurückgreifen konnten.

Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil derer, die sowohl einkommensarm als auch vermögensarm sind, und der Anteil derjenigen, die zwar einkommensarm sind, aber nicht unter Vermögensarmut leiden, steigt. Von den Personen in Haushalten mit über 65-jährigem Vorstand sind 14,7 Prozent einkommensarm. Die Hälfte davon kann im Falle von Einkommensarmut auf Vermögen innerhalb des Haushalts zurückgreifen und damit eventuelle Lücken bei der Alterssicherung verkleinern. Dabei muss aber davon ausgegangen werden, dass diese „Sicherungsfunktion" eher nur einmalig genutzt werden kann, da im höheren Alter eine neuerliche Vermögensakkumulation nur sehr selten stattfindet.

21 Vergleiche Frick, J. R., Grabka, M. M.: Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 38/2008.
22 Um den Größenvorteilen gemeinsamen Wirtschaftens in Mehr-Personen-Haushalten und den entsprechend niedrigeren Einkommensbedarf zusätzlicher Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, wird hier eine standardmäßige Bedarfsgewichtung gemäß der modifizierten OECD-Äquivalenzskala vorgenommen. Kindern bis 14 Jahren wird dabei das Gewicht 0,3 und älteren Haushaltsmitgliedern ein Gewicht von 0,5 zugewiesen.

23 Hierbei muss angemerkt werden, dass die verschiedenen Anlageformen eine unterschiedliche Liquidität aufweisen, sodass bei einem Einkommensausfall nicht in jedem Fall Vermögen liquidierbar ist.
24 Als relativ einkommensarm werden Personen definiert, deren bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen niedriger als 60 Prozent des Medians der Gesamtbevölkerung sind.
25 Die relative Vermögensarmutsschwelle lag 2007 bei rund 13 150 Euro pro Kopf und damit deutlich höher als bei der Verwendung individueller Vermögen. Hier spiegelt sich der bei Wohlfahrtsanalysen üblicherweise unterstellte haushaltsinterne „Umverteilungsprozess" wider, wonach auch Individuen ohne eigenes Vermögen vom Vermögen anderer Haushaltsmitglieder profitieren.

Tabelle 4

Individuelle Vermögensmobilität[1] 2002 bis 2007

Anteile[2] in Prozent

		Vermögensposition 2007												
													Nachrichtlich:	
	Dezile	verschuldet	ohne Vermögen	3	4	5	6	7	8	9	10	Insgesamt	Personen nach Vermögens-positionen 2002	Median der Veränderung 2002/2007
Vermögens-position 2002	verschuldet	**40**	20	14	8	7	4	2	2	1	1	100	6	7584
	ohne Vermögen	10	**46**	19	9	7	4	2	1	1	1	100	20	0
	3	12	19	**25**	18	12	6	5	1	1	1	100	9	1749
	4	8	16	16	**23**	17	10	5	3	2	1	100	10	1699
	5	5	11	7	15	**24**	18	9	5	3	3	100	9	3789
	6	3	7	6	7	16	**25**	18	9	4	3	100	9	1843
	7	2	5	2	4	7	17	**30**	20	8	4	100	9	2504
	8	2	3	1	2	2	8	18	**32**	23	7	100	9	2470
	9	1	2	1	1	2	5	8	20	**39**	19	100	9	–10765
	10	2	3	1	0	1	1	4	8	18	**63**	100	9	–75675
	Insgesamt	**7**	**17**	**10**	**9**	**9**	**9**	**9**	**10**	**9**	**9**	**100**	**100**	**378**

1 Im Unteren Teil der Vermögensverteilung handelt es sich um Pseudodezile (verschuldet oder ohne Vermögen).
2 Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Lesehilfe: Der Wert 63 im Feld rechts unten gibt an, dass von jenen Personen, die sich 2002 im obersten Dezil befanden, 63 Prozent auch 2007 dem obersten Dezil angehörten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

Starker Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Vermögensmobilität

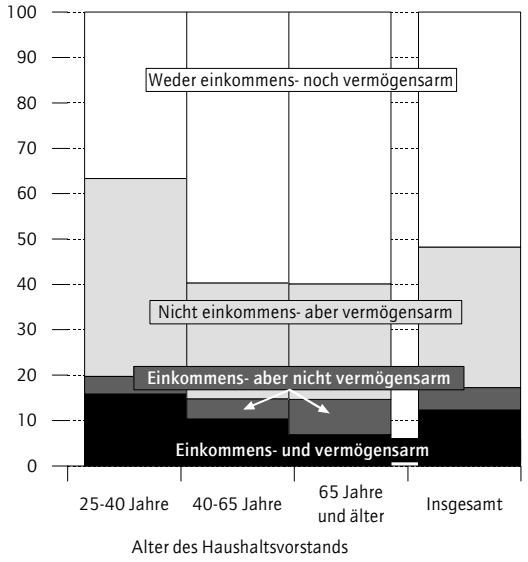
Die bisher dargestellten zeitpunktbezogenen Ergebnisse zur Vermögensverteilung 2002 und 2007 erlauben zwar Vergleiche für Gruppen im Zeitverlauf, machen aber nicht deutlich, ob und wie stark die Höhe und Zusammensetzung des individuellen Vermögens variiert. Die Daten des SOEP erlauben eine derartige Längsschnittanalyse über fünf Jahre hinweg. Tabelle 4 gibt an, wie viele Personen ihre Vermögensposition zwischen 2002 und 2007 beibehalten oder verändert haben. Ähnlich wie bei Analysen zur Einkommensmobilität sind die Ränder der Vermögensverteilung im Zeitverlauf relativ stabil: Mehr als 40 Prozent der Verschuldeten sowie der Personen ohne Vermögen befinden sich auch fünf Jahre später noch in dieser Situation; in den mittleren Vermögensdezilen ist dies nur bei knapp einem Viertel der Fall. Am oberen Ende der Vermögensverteilung nimmt die Beharrungstendenz hingegen wieder deutlich zu und erreicht im obersten Dezil mit über 60 Prozent den höchsten Wert.

Die mittlere Veränderung des individuellen Vermögens von 2002 bis 2007 betrug für die Gesamtbevölkerung gemessen am Median nur knapp 400 Euro.[26] Dieser Wert fiel über die Vermögensverteilung hinweg unterschiedlich aus: Während in den mittleren Vermögensgruppen das Vermögen um rund 2000 bis 4000 Euro stieg, sank das Nettovermögen in den beiden oberen Vermögensdezilen um 11000 bezie-

Abbildung 4

Relative Einkommensarmut[1] und relative Vermögensarmut[2] 2007

In Prozent der Bevölkerung[3]



1 Armutsschwelle bei 60 Prozent des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der Gesamtbevölkerung unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.
2 Relative Vermögensarmut auf Basis von weniger als 60 Prozent des Median der pro Kopf gewichteten Nettohaushaltsvermögen der Gesamtbevölkerung.
3 Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

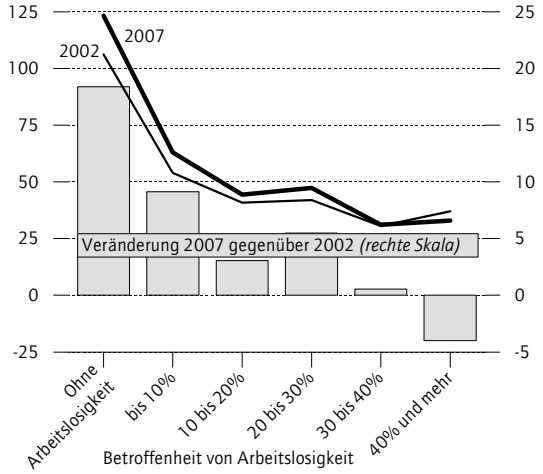
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

26 Gemessen am arithmetischen Mittel sind dies rund 10000 Euro.

Abbildung 5

Nettovermögen und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit 2002–2007[1]

In 1 000 Euro



1 Monate gemeldeter Arbeitslosigkeit bezogen auf die Monate potentieller Erwerbstätigkeit. Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

hungsweise rund 75 000 Euro.[27] Die größten Vermögenszuwächse erzielten die im Jahr 2002 verschuldeten Personen. Hier macht die Veränderung etwa 7 500 Euro aus. Diese Gruppe enthält zum Beispiel Eigentümer mit hypothekenbelasteten Immobilien, die im Rahmen des laufenden Entschuldungsprozesses ihre Verschuldung reduzieren und dementsprechend ihr Nettovermögen erhöhen konnten.

Wie bereits in der Querschnittanalyse angedeutet, ist die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nicht nur für die Einkommenssituation, sondern auch für die Vermögen von großer Bedeutung. Die Längsschnittdaten des SOEP belegen diesen Zusammenhang für den Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2007 (Abbildung 5). Während Personen ohne Arbeitslosigkeit (inklusive ökonomisch Inaktiver) ihren Nettovermögensbestand um rund 18 000 Euro auf über 123 000 Euro im Jahr 2007 steigern konnten, zeigen sich mit zunehmender Betroffenheit von Arbeitslosigkeit[28] nicht nur niedrigere Vermögensniveaus im Ausgangsjahr der Untersuchung, sondern auch unterdurchschnittliche Zuwachsraten. Personen mit längerer Arbeitslosigkeitserfahrung (über 40 Prozent ihrer potentiellen Erwerbszeit) verloren im Durchschnitt über 4 000 Euro und somit über zehn Prozent ihres ohnehin schon geringen Vermögens im Jahr 2002.

Fazit und Ausblick

Rund zwei Drittel der Bevölkerung wiesen 2007 kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen (Geld- und Sachvermögen ohne Pkw und Hausrat) auf. Im Gegensatz dazu verfügten die reichsten zehn Prozent über einen Anteil am Gesamtvermögen von mehr als 60 Prozent. Gegenüber 2002 hat sich die Vermögenskonzentration weiter verstärkt. Analysen zur individuellen Vermögensmobilität weisen darauf hin, dass sich – ähnlich wie beim Einkommen – an den Rändern der Vermögensverteilung, das heißt bei besonders reichen und besonders armen Personen wenig verändert.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der privaten Altersvorsorge kommt der Analyse des individuellen Vermögens eine besondere Bedeutung zu. Wenngleich das Armutsrisiko der derzeitigen Ruheständler unterdurchschnittlich ist, so muss für künftige Rentnerkohorten – auch aufgrund von arbeitslosigkeitsbedingten Erwerbsunterbrechungen – mit einer Zunahme des Altersarmutsrisikos gerechnet werden. Insofern ist die Entwicklung des individuellen Vermögens in den mittleren Altersgruppen in Ostdeutschland, für die auf Basis des SOEP von 2002 bis 2007 ein Rückgang von mehr als zehn Prozent belegt werden kann, sozialpolitisch besorgniserregend. Im Falle von einkommensbedingter Altersarmut ist nur ein begrenzter Rückgriff auf individuelle Vermögen möglich. Dies belegen auch die Analysen zum Zusammenhang von Einkommens- und Vermögensarmut, da knapp die Hälfte der heute von Einkommensarmut betroffenen Älteren sowohl einkommens- als auch vermögensarm sind. Zudem ist es bedenklich, dass einkommensschwache Gruppen bislang seltener private Altersvorsorgeverträge abschließen als Bezieher höherer Einkommen.[29] Das Risiko einer für die Lebensstandardsicherung unzureichenden Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist aber gerade bei Beziehern dauerhaft niedriger

27 Zu diesem im Vergleich zu den oben dargestellten Querschnittsbefunden überraschenden Ergebnis tragen mehrere Effekte bei: Zum einen ist die Wahrscheinlichkeit für sehr hohe Verluste bei den Höchstvermögenden größer, zweitens werden hier bei der Fokussierung auf die Vermögensposition 2002 aufgrund von Vermögensgewinnen neu hinzugekommene Reiche nicht berücksichtigt und drittens wirken sich auch Vermögensumschichtungen durch Schenkungen und Vorabübertragungen, insbesondere von Immobilien, aus.

28 Um die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, wird hier der Anteil der im Zeitraum 2002 bis 2007 in Arbeitslosigkeit verbrachten Monate an allen potentiellen Erwerbsmonaten berechnet. Als potentielle Erwerbsmonate gelten Monate mit Erwerbstätigkeit (Vollzeit und Teilzeit inklusive Kurzarbeit) sowie mit Arbeitslosigkeit. Zeiten in (Aus-) Bildung, Rente, Mutterschutz, Wehr-/Zivildienst sowie Hausarbeit werden hier nicht berücksichtigt.

29 Vgl. Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Schunk, D.: The Savings Behaviour of German Households: First Experiences with State Promoted Private Pensions. Mannheim Research Institute for the Economics of Ageing (MEA), Nr. 136, 2007.

Erwerbseinkommen und länger Nichterwerbstätigen aufgrund des Äquivalenzprinzips bei der Rentenberechnung erhöht.

Die vorliegenden Analysen beziehen sich auf das Jahr 2007 und dementsprechend auf die Situation vor der aktuellen Finanzmarktkrise. Wenngleich die Veränderungen insbesondere am Aktienmarkt individuell einschneidend sein können, hält sich die Auswirkung auf das Nettogesamtvermögen eher in Grenzen. Insbesondere finanzstarke Anleger mit ausgeprägter Risikodiversifizierung und langfristig orientierten Vermögensanlagen werden diese Wertverluste am Kapitalmarkt weitgehend wieder ausgleichen können. Obwohl diese Prozesse in hohem Maße von globalen Einflüssen getrieben sind, ist die künftige Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland auch von nationalen Rahmenbedingungen abhängig. Ein wichtiges Instrument ist dabei die zum 1. Januar 2009 reformierte Besteuerung von Erbschaften mit einer deutlichen Anhebung der Freibeträge, die eher zu einer weiteren Vermögenskonzentration führen dürfte. Ein neuerliches Überdenken dieser Regelungen wäre auch deshalb geboten, um das Prinzip der Chancengleichheit in Deutschland zu stärken, denn die Höhe der zu erwartenden Erbschaften wird maßgeblich von der sozialen Herkunft bestimmt.[30] Mit der jetzt geltenden Erbschaft- und Schenkungsteuerregelung wird die sozialstrukturelle Vermögensungleichheit weiter konserviert.

Die zunehmende Vermögensungleichheit dürfte auch zu steigender Ungleichheit bei den laufenden Einkommen führen. Mit der vom 1. Jabuar 2009 an geltenden Abgeltungsteuer werden Vermögenseinkommen pauschal nur noch mit einem Satz von 25 Prozent (plus Solidarzuschlag und eventueller Kirchensteuer) belastet, während nach alter Rechtslage der individuelle Steuersatz anzuwenden war. Ein hohes Vermögen geht in der Regel auch mit hohen Einkommen einher, so dass vermögende und damit oft auch einkommensstarke Gruppen besonders von dieser Reform profitieren werden.

30 Vergleiche Szydlik, M., Schupp, J., a.a.O.

JEL Classification:
D31, I31

Keywords:
Wealth inequality, Mobility, Composition, SOEP

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation
Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.